

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag...
Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verlagsdruckerei: Kurt Nordens 2595 und 2596.

Abnahme gegen bar...
Spezialdruck: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Herausgeber: Kurt Nordens 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verherrlichung der Gewaltpolitik.

Der Mord rafft durch die Straßen.

Bei der Waffensuche in einer Wohnung in der Andreasstraße 62 fanden die Suchenden am Dienstag abend zwei Handgranatenstiele vor, die sie mitnahmen. Diese Stiele entstammen einer Fabrik, in welcher der 19jährige Sohn der Familie beschäftigt war. Er hatte sie sich mit nach Haus genommen, um sich daraus etwas anzufertigen. Die Fabrik heißt Ridel & Fleischmann.

Am Mittwoch morgen wurden Vater und Sohn aus dem Bette heraus verhaftet, fortgebracht und kurz darauf erschossen. Es handelt sich um den 45 Jahre und den 19 Jahre alten Paul und Alfred Dänischel. Die beiden Stiele genügen zur Verhängung und sofortiger Vollstreckung zweier Todesurteile.

Man prüft nicht erst, man vollstreckt einfach. Das ist das Standrecht. Jeder wird erschossen, und wenn er nur einen Holzstiel im Hause hat. Koske-Justiz!

Das Standrecht für Beerfelde?

Die das Reichswehr Hülfe mittel, sei erzwungen sei...
Selbst der „Vorwärts“ verleiht diese offensichtliche Schwelbelnachsicht mit der Bemerkung, daß er schwerwiegende Gründe habe, diese Nachsicht, wenigstens soweit sie sich auf Beerfelde bezieht, für nachweislich falsch zu halten.

Der Zweck der Notiz scheint aber ein anderer zu sein. Beerfelde ist den alten Militaristen aus überster verhaßt. Die Notiz des Reichswehrs erweckt deshalb den Eindruck, als suche man nach einem äußerlichen Vorwand, ihn ebenso zu bestrafen, wie man Liebknecht, Luxemburg und in den letzten Tagen viele andere ungeliebte Menschen mit Hilfe des Standrechts bestraft hat.

Am Branger?

Die amtliche Lügennachricht über den Nichtenberaer Beamtenmord hat blutdürstigen die dunklen Wochenschaften aufgeheißelt, deren sich die Herren aus dem Edenhotel bedienen, um die „ganz Arbeit“, die sie gegenwärtig in Berlin verrichten, vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Herr Koske, der hinter diesem verwerflichen Treiben seiner Günstlinge steht, ihre Taten fördert und rechtfertigt, hatte in der Nationalversammlung die Kühnheit, die Verbreitung der erlogenen Nachricht der Presse anzuschreiben, die durch „die Sucht nach Sensation mehr gemeldet hat, als der Situation entspricht“.

Die „B. A. am Mittag“ sieht sich aus diesem Grunde veranlaßt, den Schleier über dem ganzen Vorkommnis reißlos zu lüften. Sie stellt fest, daß sie die unaussprechliche Nachricht am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr von einer militärischen Stelle übermittelte bekommen habe. Die Redaktion wollte die Nachricht nicht ohne Nachprüfung veröffentlichen und stellte daher die betreffende Ausgabe zunächst ohne die Greuelgeschichten her. Da wurde ihr plötzlich vom Preussischen Ministerium die folgende amtliche Meldung übermittelt:

„Das Kommando der Schutzmannschaft meldet: Sämtliche Beamte des Nichtenberger Polizeipräsidiums sind ermordet worden.“

Der übermittelnde Beamte des Ministeriums hat dringend, die Meldung in der „B. A.“ soeben zu veröffentlichen, allenfalls, wenn die Zeitung schon fertiggestellt sei, sie durch ein Extrablatt zu verbreiten! In dem gleichen Augenblick meldete die Garde-Kavallerie-Schützen-Division: „Das Polizeipräsidium wurde gestürmt, sämtliche Einwohner, mit Ausnahme des Sohnes des Polizeipräsidenten, auf vielfache Weise niedergemacht.“ Daraufhin stellte die „B. A. am Mittag“ sofort eine zweite Auflage her, und die Berliner Bevölkerung wurde auftraggemäß in Furcht und Schrecken versetzt.

Die gewissenlose Art, mit der die Lüge über Nichtenbera in die Welt gesetzt wurde, stellt noch der neuesten Dar-

stellung das Schimpflichste dar, was jemals an amtlicher Beeinflussung zu unsozialen Zwecken geleistet worden ist. Nicht nur die zur Genüge bekannte Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die übrigens immer noch den traurigen Mut besitzt, ihre Veteiliana an der Väternachricht zu bestreiten, ist für alle Zeiten gerichtet, sondern auch das Preussische Ministerium des Innern.

Man hat gelogen. Man hat mit Absicht gelogen. Man hat die öffentliche Meinung mit Vorbedacht irreführt, um das Standrecht verhängen zu können. Man wollte das Standrecht, um erschließen zu können. An dieser Tatsache ist nicht mehr zu rütteln.

Will das selbst Koske?

Unter der vorstehenden Ueberschrift schreibt die „Republik“:

Am Donnerstag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr 50 Minuten, wurde nach vorheriger Kaiserliche Besichtigung der Marstall von Reichardtstrasse gestürmt. Die Angreifer fanden seinen bemerkenswerten Widerstand.

Die Insassen des Marstalls, sämtlich Angehörige der Republikanischen Selbstwehr, wurden in mehreren Trupps abgeführt. Die Gefangenen wurden dabei von den Wachmannschaften reichlich mit Kolbenhieben und Fußtritten bedacht. Einer der Verhafteten erhielt einen Schlag mit dem Gewehrkolben auf den Kopf, so daß er blutend am Mannlein zusammensank. Durch Kolbenhiebe und Fußtritte wurde er weiter fortgetrieben. Die Gefangenen mußten während des Marsches ihre Hände auf dem Kopf übereinander legen.

Der dritte Trupp von vier Mann, unter Bewachung von etwa zwanzig Soldaten der Reichardttruppe, wurde wie die vorherigen, gleichfalls mit erheblichen Händen durch Kolbenhiebe vorwärts gejagt. Plötzlich, ohne erkennbare Ursache, zog ein Offizier des Festkommandos seinen Revolver und schuß von hinten auf die Gefangenen. Zuerst fiel einer, nach wenigen Sekunden ein zweiter getroffen vornüber auf das Straßengpflaster.

Gleichzeitig setzte ein wildes Schießen des ganzen Festkommandos ein. Der Trupp zog mit den beiden übriggebliebenen Gefangenen weiter, ohne sich um die Gefallenen zu bekümmern.

Der ganze Vorgang wurde von der Kaiser-Wilhelm-Brücke aus durch eine erregte Zuschauermenge beobachtet. Als einige ihrer Empörung in Worten Luft machten, wurden sie durch Schreckschüsse zurückgedrängt.

Der Redaktion der „Republik“ stehen die Adressen von 28 unbeteiligten Augenzeugen zur Verfügung, die sämtlich bereit sind, die Richtigkeit dieser Darstellung durch ihren Eid zu belegen.

Eine neue Lüge.

Die bürgerliche Presse brachte am Donnerstag morgen folgende Greuelnachricht:

Gestern wurden drei Verwundete der Brigade Reinhardt in das St. Hedwigs-Krankenhaus eingeliefert. Sie gehörten einer Patrouille an, die in einem Hinterhalt der Spartakisten gefangen war. Von den drei Mann waren zwei durch Gewehrschüsse verletzt, der andere hatte zahlreiche Messerstiche, außerdem waren ihm ein Ohr abgeschnitten und ein Auge ausgekoken.

Wir haben sofort einen Berichterstatter in das Hedwig-Krankenhaus geschickt, um feststellen zu lassen, ob diese ungeheuerliche Meldung der Wahrheit entspricht. Die Oberin hat uns darauf ermächtigt, zu erklären, daß im Hedwig-Krankenhaus kein Verwundeter mit ausgekokenen Augen und abgeschnittenen Ohren liegt. Die Oberin hat die Nachricht in der Presse gelesen und war aufs höchste verwundert, daß etwas derartiges berichtet werden konnte.

Wir haben es hier also mit einer neuen, von amtlicher Seite mit Vorbedacht verbreiteten Lüge zu tun. Sogar die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Blatt der Regierung, hat diese Ungeheuerlichkeit ihren Lesern vorgelesen. Es berichtet jetzt wieder das gleiche Lügenstück wie 1914, wo man täglich neue Greuelnachrichten erfand, um den Kriegsbrausch zu steigern. Damals erreichten die amtlichen Kriegsbroschüren ihren Zweck, und sie erreichten ihn auch diesmal wieder. Die „Standrechtlichen“ Erziehungslagen dafür ein deutliches Zeugnis ab.

(Siehe auch 2. Seite.)

Ein Verteidiger des Standrechts.

Nach der Verteidigungsrede Koskes in Weimar über seine in Berlin getroffenen oder von anderen getroffenen militärischen Anordnungen konnte man schon auf den Inhalt der Reden schließen, welche von Preussischen Ministern der Landesversammlung vorgelesen werden würden aus Anlaß der Beratung des Antrages der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion über die Aufhebung des Belagerungszustandes und des Standrechts in Berlin.

Nach Erledigung der Präsidentenwahl und der Wahl des Bureaus sollte der Antrag unserer Genossen verhandelt werden. Bevor aber unser Redner zur Begründung des Wort erhielt, stellte sich der Preussische Justizminister Seine vor, um, getreu dem Grundsatze: die beste Abwehr ist der Sieg, die Sachlage zu verdrängen.

Herr Heine wandte die verschiedensten Mittel an, um sich zu decken. Der Belagerungszustand war nicht mehr zu umgehen, er mußte verhängt werden, um das Leben der braven Truppen und der Offiziere zu schützen. Und das Standrecht sei gar kein Standrecht: es sei nur eine Art der Notwehr. Wenn man in diesen Mitteln gezwungen sei, dann rede Herr Heine über alles mögliche. Er redete wie der letzte Putzmeister, wenn er die Verlängerung des Sozialkrieges erzwingen wollte oder andere reaktionäre Maßnahmen verteidigte. Die Unabhängigen haben es Herrn Heine angetan. Sie sind die eigentlichen Schuldigen. Die Spartakisten sind Verbrecher, mit einigen Ausnahmen; aber die Unabhängigen sind die Generalbeber, auf welche alle Blutschuld kommt. Die „Freiheit“ hat es ihm angetan; die „Koske-Nachricht“ würde er dauernd verbieten. Und dann erzählte dieser Mann, der sich Sozialdemokrat nennt, Mährchen über Spartakisten, über Spartakistische Dackelhunden und bewies nur, wie herrlich weit wir es in der „sozialistischen Republik“ gebracht haben. Koske sei der Sohn des Volkes, der brave, ehrliche Mann und Arbeiter, wie er schon früher bewiesen habe. Der Belagerungszustand werde nicht aufgehoben, solange nicht die Genossen ernstlich niederknien seien.

Es sei falsch, wenn behauptet worden sei, die Preussische Regierung sei zur Verhängung des Belagerungszustandes gezwungen worden. Diese Maßnahme sei aus eigenem Entschluß getroffen worden. Das sei die Reaktion dem Vaterlande schuldig.

Und immer wieder landete Heine bei den Unabhängigen. Sie hätten auch den Generallieutenant auf dem Gewissen. Nur auf ihre Seite sei er zurückzuführen. Was wir für schlechte Menschen sind, erfahren wir erst aus dem Heineischen aufgeregten Gerede. Der Mann betrachtet sogar die Forderung auf Aufhebung der Freiwilligenkorps als eine Art Vaterlandsverrat. Spartakisten und Unabhängige, so dolamterte er immer wieder, seien so eine Art Staatsverbrecher gegen die man sich alles erlauben kann.

Daher auf die unerhörten Vorkommnisse der letzten Tage einzugehen, begnügte sich Heine, anzuklagen, um sich und die Regierung zu decken. Das war ganz im Sinne der Mehrheit des Hauses, die, von der untersten Klasse angefangen, bis zu den Mehrheitssozialisten, zustimmte und lebhaften Beifall spendete.

Es war 7 Uhr geworden, als unsere Genossen in Rücksicht auf den Koske-Erlass, noch dem in bestimmten Stadtvierteln die Bewohner um 7 Uhr zu Hause sein mußten, die Vertagung der Sitzung beantragten. Der Antrag wurde abgelehnt, und so nahm unser Genosse Adolf Hoffmann das Wort, um nunmehr erst unsern Antrag zu begründen.

In dreißündiger Rede gab Hoffmann ein Bild von den Zuständen in Berlin. Das Material häufte sich vergeblich. Unser Redner schilderte die Entwidlung der Kämpfe, mit denen wir nicht das geringste zu tun und die überhaupt keinen politischen Untergrund haben. Er dankte den Mehrheitslern, die Heine zuquatscht hatten, und Herrn Heine nichts, der auch die Stirn gebabt hatte, den Genossen Ledebour anzureisen, noch bevor das Gericht die Tatsachen festgestellt hatte.

Hoffmann geriet die Schwindelnachrichten der Presse und sagte, wie erst durch diese Lügen und Tartarennachrichten das Standrecht verhängt worden sei. Er wies nach, in welcher skandalösen Weise unschuldige Menschen Tag für

